

Kreisversammlung diskutiert Ergebnisse der Bundestagswahl

Diskussionsschwerpunkt auf der 15. Kreisversammlung der Salzlandkreis-LINKEN am 21. Oktober waren die Ergebnisse und die aktuelle Situation nach der Bundestagswahl. Außerdem standen turnusgemäß Rechenschaftslegung und Neuwahl des Kreisvorstands sowie weitere Wahlen auf dem Programm. Dazu hatten sich 49 Mitglieder und acht Gäste im Kulturhaus der Stadt Könnern versammelt. Nach der Begrüßung durch die Ortsverbandsvorsitzende Martina Schaar und der Konstituierung der Versammlung nahm der Kreisvorsitzende Lothar Boese das Wort. Er informierte über den aktuellen Mitgliederstand und ging auf verschiedene Punkte der Arbeit des Kreisvorstands in den zurückliegenden zwei Jahren ein. Mit 335 Mitgliedern in 13 Ortsverbänden ist der Kreisverband Salzlandkreis nach Halle, Magdeburg und Harz der viertstärkste Regionalverband der LINKEN in Sachsen-Anhalt. Aktuell würden jedoch 48 Mitglieder bzw. 13 Prozent weniger als vor zwei Jahren gezählt. Der Negativtrend in der Mitgliederentwicklung infolge des hohen Altersdurchschnitts – die Abgänge übersteigen deutlich die Zugänge – habe sich damit fortgesetzt. Im gleichen Zeitraum gab es 18 Neueintritte, darunter schon zwölf in diesem Jahr. Boese forderte, sich um die neuen Mitglieder mehr zu kümmern. Er dankte den Kreisvorstandsmitgliedern für die geleistete Arbeit, insbesondere denen, die nicht wieder kandidieren.

Im politischen Teil seiner Rede ging der Vorsitzende auf die Ergebnisse der Bundestagswahl ein, die viele mit gemischten Gefühlen aufgenommen hätten. Die Ergebnisse der LINKEN wären „nicht schlecht“, blieben dennoch unter den Erwartungen. „Aber das Schlimmste: Es ist das erste Mal, dass eine reaktionäre, nationalistische, frauen- und fremdenfeindliche Partei, die in Teilen ihrer Mitgliedschaft offen rassistische und rechts-extreme Positionen bezieht, mit über zehn Prozent Stimmenanteil in den deutschen Bundestag einzieht“, was der Kreisvorsitzende mit einigen Zitaten führender AfD-Politiker belegte. Im Salzlandkreis lag das mittlere Zweitstimmenergebnis der LINKEN mit 17,9 Prozent fast genau im Landesdurchschnitt. In den Gemeinden des Kreises gab es Ergebnisse zwischen 14,2 und 20,7, in den Stimmbezirken zwischen 6,8 und 30,8 Prozent. Im Anschluss wurden von Petra

Giest der Finanzbericht, von Jana Lankau der Bericht der Kreisfinanzrevisionskommission und von Sabine Dirlich der Bericht über die Arbeit der Kreistagsfraktion vorgelesen. Deren Fraktionsvorsitzende ging unter anderem auf Probleme der Haushaltskonsolidierung, der Schülerbeförderung, der Flüchtlingsbetreuung und der Abfallsorgung im Salzlandkreis ein und legte die jeweiligen Positionen der Fraktion dazu dar.

In der Aussprache wurden von mehreren Rednerinnen und Rednern die Streitereien an der Partei- bzw. Fraktionsspitze kritisiert, auch die Tatsache, dass die Partei nicht in der Lage wäre, sich in der Wählerschaft ausreichend verständlich zu machen. Viele ehemalige Wählerinnen und Wähler hätten

tet hätte. Korte zeigte sich optimistisch, was den neuen Vorstand angehe, jedoch skeptisch hinsichtlich der zu erwartenden Politik der „Jamaika“-Koalition. Die LINKEN müsse klarstellen, „für wen“ sie Politik mache, nicht „mit wem“. Das Grundrecht auf Asyl stünde bei der LINKEN nicht zur Disposition.

Bei den folgenden Wahlen zum Kreisvorstand und zur Kreisfinanzrevisionskommission wurden alle Bewerberinnen und Bewerber mit 70 bis über 90 Prozent der Stimmen gewählt. Die Amtsinhaber an der Spitze des Kreisvorstands (Vorsitzender und vier Stellvertreter) sind dieselben wie zuvor. Neu im Vorstand sind Christine Pfeiffer (Bernburg) und Daniel Wernecke (Gnölbzig).



Kreisversammlung in Könnern (Foto privat)

sich abgekehrt. Andererseits – das hatte der Kreisvorsitzende in seiner Rede erwähnt – hat die LINKEN absolut mehr als eine halbe Million an Stimmen hinzugewonnen. In der Diskussion wurde aber auch deutlich, dass in der Mitgliedschaft unterschiedliche Auffassungen zu einzelnen Punkten der Flüchtlingspolitik der LINKEN existieren. Als Gast nahm schließlich Jan Korte das Wort, der über die Landesliste wieder in den Bundestag gewählt und in der Fraktion jetzt mit der Funktion des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers betraut worden war. Er betonte, dass die Wahlergebnisse der LINKEN in ihrer Gesamtheit als Erfolg zu werten seien und versicherte, dass der alte Fraktionsvorstand eine ausgezeichnete Arbeit geleis-

Vier bisherige Mitglieder (Manfred Bölke, Bianca Görke, Ralf Prozell und Diana Sims) hatten nicht wieder kandidiert und sind ausgeschieden. Ihnen wurde vom Kreisvorsitzenden der Dank ausgesprochen, ebenso der Schatzmeisterin Petra Giest, die dieses Amt acht Jahre ausgeübt hatte. Leider war es im Vorfeld nicht gelungen, einen oder eine Nachfolgerin zu finden. Auch in der Versammlung gab es dazu keine spontane Bereitschaft, so dass diese Funktion vorübergehend unbesetzt bleiben muss. Bei den Wahlen zum Landesausschuss und den Delegierten zum Bundesparteitag gab es teilweise mehr Bewerber als zu vergebende Mandate. Alle Wahlergebnisse gibt es auf Seite 7.

Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch als Fraktionsvorsitzende wiedergewählt

www.linksfraktion.de



Die alten und neuen Fraktionsvorsitzenden (Foto privat)

Die bisherigen Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, sind am Dienstagabend bei der Klausur in Potsdam in ihren Ämtern bestätigt worden.

Sahra Wagenknecht erhielt 75 Prozent der Stimmen, Dietmar Bartsch 80 Prozent. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Caren Lay (58 %) und Sevim Dagdelen (75 %) gewählt. Jan Korte, bislang stellvertre-

tender Vorsitzender, übernimmt nach Wahl mit 81 Prozent der Stimmen das Amt des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers.

Für ihre Kandidatur als Vizepräsidentin des Bundestags erhielt Petra Pau die Unterstützung von 94 Prozent der Fraktionsmitglieder. Pau ist seit 7. April 2006 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.

Mit 77 Prozent der Stimmen ist am Mittwoch die aktuelle frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Cornelia Möhring in ihrem Amt bestätigt worden.

Sabine Leidig wurde mit 56 Prozent der Stimmen zur Beauftragten für soziale Bewegungen ernannt.

Auch die Leiterinnen und Leiter der Arbeitskreise der Fraktion sind am Mittwoch gewählt worden:

AK I - Arbeitskreis Arbeit und Soziales: Sabine Zimmermann (65 %)

AK II - Wirtschaft und Finanzen: Klaus Ernst (65 %)

AK III - Infrastruktur und Haushalt: Gesine Löttsch (78 %)

AK IV - Bildung, Wissen und Kultur: Petra Sitte (71 %)

AK V - Inneres: André Hahn (83 %)

Vorgezogene Landtagswahl in Niedersachsen

Friedrich Schütz

Die Landtagswahl in Niedersachsen war für Anfang des kommenden Jahres vorgesehen, da die letzte turnusmäßige Wahl am 20. Januar 2013 stattgefunden hatte. Nach deren Ergebnissen war eine rot-grüne Landesregierung gebildet worden, die aber nur über eine Mehrheit von einem Sitz im Landtag verfügte (69 von 68). Mit dem Übertritt der Grünen-Abgeordneten Elke Twesten vor einigen Monaten zur CDU verschwand aber diese Mehrheit, und es wurde beschlossen, die Landtagswahl auf den 15. Oktober vorzuziehen.

Die Wahlbeteiligung der 6 097 564 Wahlberechtigten war mit 63,1 % um fast 4 Prozent höher als 2013, aber um 13 Prozent niedriger als bei der Bundestagswahl.

Stärkste politische Kraft bei dieser Wahl wurde die SPD, die gegenüber 2013 fast 250 000 Stimmen mehr gewann, was einem Anteil von 36,9 % (2013 32,6 %) entspricht. Damit erhöhte sich die Zahl ihrer Sitze von 49 auf 55. Dieser Erfolg ist nach der Einschätzung im Wahlbericht von Horst Kahrs als ein Erfolg des Ministerpräsidenten Stephan Weil und damit auch als einer der Landespartei zu werten.

Die CDU erhielt mit einem Stimmenanteil

von 33,6 % (2013 36,0 %) ihr schlechtestes Ergebnis seit 1959, als sie nur 30,8 % erreichte. Damit verringerte sich die Zahl ihrer Mandate von 54 auf 50.

Der große Verlierer waren die Grünen. Mit einem Verlust von über 155 000 Stimmen verringerte sich der Stimmenanteil von 13,7 % auf 8,7 % und die Zahl der Sitze von 20 auf 12. Damit ist die rot-grüne Landesregierung abgewählt.

Die FDP verlor gegenüber 2013 etwa 67 000 Stimmen und kam damit auf einen Anteil von 7,5 %, wofür sie 11 Sitze erhielt (2013 14).

Einen weiteren Erfolg konnte die rechtspopulistische AfD verbuchen. Mit etwa 248 000 Stimmen, das sind 6,2 % und dafür erhält sie 9 Mandate, kam sie bei ihrer ersten Teilnahme an einer niedersächsischen Landtagswahl in das Parlament. Damit ist sie außer in Hessen und Bayern, wo 2018 gewählt wird, in allen Landesparlamenten vertreten. Im Gegensatz zu diesen fünf Parteien konnte DIE LINKE ihr Ziel, nach 2008, als sie 7,1 % der Stimmen und 11 Sitze gewann, jetzt in den Landtag erneut einzuziehen, nicht erreichen. Mit 177 107 Stimmen, was einen Gewinn von 64 392 Stimmen gegenüber der

Niederlage von 2013 bedeutet, erreichte sie nur 4,6 %.

Wie schon bei anderen Landtagswahlen gewann DIE LINKE auch hier vor allem in den größeren Städten. In 21 der 87 Wahlkreise erhielt sie 5 % und mehr der Stimmen. 2013 waren es nur fünf Wahlkreise gewesen. Das beste Wahlergebnis gab es in Hannover-Linden mit 13,7 %, gefolgt von Oldenburg-Mitte mit 9,9 % und Hannover-Mitte mit 9,3 %.

Was das Wahlverhalten der einzelnen Altersklassen gegenüber der LINKEN betrifft, so stimmten etwa 7 % der unter 30-jährigen für sie. Bei den 30 bis 50-Jährigen waren es 5 % und bei den 60-Jährigen und Älteren nur 3 %. Bei CDU und SPD dagegen überwiegt die Zustimmung der höheren Altersgruppen.

Interessant sind die bei Wählerbefragungen geäußerten Ansichten über DIE LINKE. So meinen 76 %: „Sie löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen“. 67 % halten „ihre Vorstellungen für unrealistisch und nicht für finanzierbar.“ 53 % meinen: „Sie setzt sich am stärksten für sozial Schwache ein“, und 33 % fänden es gut, wenn sie im Landtag vertreten wäre.

Das Parlament stärken und jetzt mit der Arbeit beginnen

Jan Korte, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion

Rede in der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestags am 24.10.2017

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei aller Kritik an der parlamentarischen Demokratie, der Geschäftsordnung und vielem anderen mehr will ich zumindest an eines erinnern: Wir sitzen hier aufgrund von freien Wahlen. Das haben Millionen andere nicht.

Und wir sind dem Grundgesetz verpflichtet, das nicht einfach irgendein Gesetz ist, sondern das die humane und demokratische Antwort auf die Verheerung und die Leichenberge des NS-Faschismus gewesen ist. Das gilt es jeden Tag zu verteidigen.

Aber es gibt natürlich auch berechtigte Kritik an unserem Verfahren hier, am Parlamentarismus. Dieser müssen wir uns stellen, und wir müssen das bessern. Deswegen haben wir als Linke zwei Änderungsanträge eingebracht, die ich kurz vorstellen will.

Wir wollen das Ganze lebendiger machen. Wir brauchen natürlich wirklich eine bessere Kontrolle des Regierungshandelns, und wir müssen die Abgeordnetenrechte und den Bundestag als solchen stärken. Jeder, der einmal die Regierungsbefragung und die Fragestunde gesehen hat - oder besser gesagt: ertragen musste -, entweder live hier oder bei Phoenix, weiß, dass wir diese grundlegend reformieren müssen. Dazu hat der geschätzte Präsident Lammert viel Richtiges gesagt.

Dazu gehört zwingend, dass die Fraktionen, besonders natürlich die Oppositionsfraktionen, hier Themen vorschlagen können, die zum Beispiel - so sie denn gewählt ist - der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung sehr unangenehm sind. Das ist ganz zentral.

Ich will eines sagen: Was wirklich nicht geht, ist, dass es eine Befragung der Bundeskanzlerin

Ich glaube, wir sollten das auch noch aus einem anderen Grunde tun: Erstens wollen wir hier besser werden: besser arbeiten, bessern streiten, wofür man übrigens

Sachargumente und viele Stunden Zeit braucht. Ich glaube ferner, dass es auch politisch sinnvoll ist, heute ein Zeichen an diejenigen zu senden, die sich abgewandt haben, die gar keine Teilhabe an dieser Demokratie mehr haben, die nicht mehr wählen gehen, die damit nichts mehr zu tun haben wollen. Dafür ist es, finde ich, das Mindeste, zu versuchen, es besser zu machen.

In diesem Zusammenhang komme ich zum zweiten Antrag, den meine Fraktion, Die Linke, einbringt. Wir möchten - so wie es im Grundgesetz vorgeschrieben ist - sofort, also heute, die vier im Grundgesetz zwingend vorgeschriebenen Ausschüsse des Bundestages einsetzen. Das sind der Auswärtige Ausschuss, der Europaausschuss, der Verteidigungsausschuss und der Petitionsausschuss.

Warum? Erstens. Wir alle hier - deswegen sitzen wir zusammen - sind gewählt. Das hat nichts mit Koalitionsverhandlungen zu tun. Der Bundestag ist gewählt! Wir sollten mit der Arbeit beginnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zweitens. Wählerinnen und Wähler haben logischerweise gerade in diesen Zeiten einen Anspruch darauf, dass das Parlament arbeitet, dass wir miteinander streiten und ringen. Wir müssen in den nächsten Monaten Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängern, besser: ablehnen. Aber dafür muss man beraten und Expertise einholen. Das ist doch eigentlich völlig logisch.

Ob Jamaika nun kommt oder nicht, werden wir alles sehen. Aber die Verhandlungen können doch nicht allen Ernstes dazu führen, dass wir monatelang den Bundestag in Geiselnahme nehmen, bis Sie Ihre Be-



Neuer 1. Parlamentarischer Geschäftsführer: MdB Jan Korte
(Foto privat)

findlichkeiten in Ihrer Koalition gelöst haben; das geht nicht. Lassen Sie uns als Bundestag arbeiten und streiten!

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist: Das hat auch etwas mit dem Selbstbild des Bundestages zu tun. Sind wir als Abgeordnete so selbstbewusst, zu sagen: „Die innere Organisation des Bundestages hängt nicht an Koalitionsverhandlungen, egal wie sie aussehen“? Ich finde, dieses Selbstbewusstsein sollten wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen zielen unsere Anträge auf die Stärkung des Bundestages, auf mehr Diskurs in diesem Bundestag und heute vor allem als ein Zeichen an diejenigen, die sich abgewandt haben, aber für die wir auch hier sitzen und die wir zurückgewinnen müssen, für demokratische Lösungen, für Streit, für die Menschenwürde und für das Kenntlichmachen, wo in diesem Haus die fundamentalen Unterschiede liegen. Dafür ist erforderlich, dass wir als Bundestag beginnen, zu arbeiten. Das müsste doch eigentlich auf der Hand liegen. Deshalb bitte ich um Zustimmung für unsere Änderungsanträge.

Neue Aufgaben für Jan Korte im Bundestag

Jeremy Krstic, Wissenschaftlicher Mitarbeiter MdB Jan Korte

Auf ihrer Klausur in Potsdam hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag Jan Korte Mitte Oktober zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. Der bisherige Stellvertreter von Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht übernimmt in seinem neuen Aufgabenbereich die Verantwortung für die parlamentarische Arbeit oder das Personal der Frakti-

on, aber auch, als Mitglied des Ältestenrats, der unter anderem die Tagesordnungen für die Plenarsitzungen festlegt, für den Bundestag allgemein.

Zu seinen neuen Aufgaben gehörte nicht nur die Vorbereitung der Konstituierung des Bundestags am Dienstag, sondern auch die Geschäftsordnungsdebatte zu Beginn der Sitzung.

Als 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE tritt Jan Korte in die großen Fußstapfen seiner Fraktionskollegin Petra Sitte. Die Hallenserin, die das Amt seit 2013 ausgeübt hat, wird fortan als stellvertretende Fraktionsvorsitzende den Arbeitskreis „Bildung, Wissen und Kultur“ der Fraktion DIE LINKE leiten.

Volksinitiative fordert im Landtag die Beseitigung des Lehrer*innenmangels

www.dielinke-fraktion-lsa.de

Fast 100.000 Unterschriften wurden in den vergangenen Monaten gesammelt. Ein Riesenerfolg, denn damit haben sich die Initiatoren den Weg direkt ins Parlament gebahnt und dort nun ihr Anliegen vorgestellt: zusätzliche 1.000 Lehrer*innen und 400 pädagogische Mitarbeiter*innen, um eine qualitativ hochwertige Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Der Bildungsexperte der Fraktion DIE LINKE, Thomas Lippmann bedankte sich bei seiner Rede Ende Oktober im Landtag bei den vielen Partnerorganisationen der Volksinitiative für das große und anhaltende Engagement und die kollegiale Zusammenarbeit: „Es war in diesen Monaten Balsam auf die Oppositionsseele, Menschen zu erleben, denen die Bildung unsere Kinder und Jugendlichen tatsächlich am



MdB Thomas Lippmann (Foto privat)

Herzen liegt, die sich mit großem Sachverstand eingebracht haben und die sich nicht in das angeblich Unvermeidliche fügen wollen.“

An die Adresse der Landesregiert appellierte Lippmann: „Es liegt jetzt in ihrer Hand und niemand wird ihnen diese Verantwortung abnehmen. Hören Sie auf die Stimmen aus der Bevölkerung, machen Sie durch einen Nachtragshaushalt den Weg für zusätzliche Neueinstellungen von Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeiter*innen frei, setzen Sie die Rücknahme der Stundenkürzungen an den Grund- und Sekundarschulen durch und sorgen sie dafür, dass unsere ausländischen Schüler wieder eine vernünftige Sprachförderung erhalten.“

Die vollständige Rede zum Nachlesen gibt es auf www.dielinke-fraktion-lsa.de

Thomas Lippmann für das Amt des Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagen

Der Fraktionsvorstand und der Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt erklären:

Am 14. November steht turnusgemäß die Neuwahl des Fraktionsvorstandes der Landtagsfraktion an. Die Erklärung von Swen Knöchel, nicht erneut für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren, haben wir mit großem Respekt zur Kenntnis genommen.

Nach einer Beratung des Fraktionsvorstandes schlagen wir der Landtagsfraktion Thomas Lippmann einstimmig für das Amt des Fraktionsvorsitzenden vor.

Die politische Landschaft hat sich in wenigen

Jahren radikal verändert – die Aufgabe der LINKEN ist es, in einer sich zunehmend polarisierenden Gesellschaft für Demokratie und sozialen Ausgleich zu streiten.

Thomas Lippmann setzt politische Schwerpunkte genau dort, wo der Sozialabbau in Sachsen-Anhalt gravierende Konsequenzen zeigt, und wo DIE LINKE mit Kritik und Gegenkonzepten ansetzen muss. Mit seinem Engagement für eine verantwortungsvolle Bildungspolitik und einen entsprechenden

Personalschlüssel im öffentlichen Dienst sowie für die Stärkung direkter Demokratie besetzt Thomas Lippmann bereits jetzt Themenfelder, die profilbildend für DIE LINKE und allgemein bedeutsam im Sinne der Landesentwicklung sind. Als langjähriger Vorsitzender der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft haben wir mit ihm einen meinungsstarken und konflikterfahrenen Akteur.

Christina Buchheim begrüßte Gäste im Landtag

Anke Nielebock, Wahlkreismitarbeiterin MdB Christina Buchheim

Wer schon immer mal einen kleinen Einblick in die Landtagsarbeit bekommen wollte, hatte am 27. Oktober die Gelegenheit dazu. Christina Buchheim lud eine gemischte Besuchergruppe nach Magdeburg ein. Zu Beginn bekam die Gruppe eine kleine Führung im Landtagsgebäude. Der Besucherdienst sprach über die Historie des Hauses und erläuterte den Ablauf einer Landtagssitzung. Als Zuschauer auf der Tribüne konnten die Gäste live an einer Debatte teilnehmen. Während ein Abgeordneter seinen Unmut über die Rede seines politischen Gegners mit Zwischenrufen direkt kundtun darf, musste man sich auf den Tribünenplätzen bedauerlicherweise mit Reaktionen zurückhalten. Zum Abschluss führte Christina Buchheim ein Gespräch mit den Gästen und erzählte et-



Die Besuchergruppe im Landtag (Foto privat)

was über die Vorbereitung der Debatten und Abstimmungen. Wer den Landtag in Magdeburg besuchen möchte, kann sich sehr gern im Wahlkreisbüro Köthen unter 03496 700

347 melden. Die nächsten Termine für 2018 sind bereits in Planung.

Kreistagsfraktion im Gespräch mit Wirtschaftsförderer

Klaus Magenheimer, Fraktionsassistent

In der letzten Ausgabe war eine Sonderfraktionssitzung mit dem Geschäftsführer der Wirtschaftsförderergesellschaft, Dr. Holger Naumann, angekündigt. Diese fand am Montag,

dem 16.10. im Fraktionsbüro statt.

Dr. Naumann würdigte die Heransgehensweise des Aufsichtsratsmitgliedes unserer Fraktion Christian Behlau, der die Fraktion über die Entwicklung der Gesellschaft ständig auf dem Laufenden hält und über Veränderungen berichtet.

Anschaulich schilderte er die momentanen Betätigungsfelder der Gesellschaft, den Kreis auf Messen und anderen Zusammenkünften weiter bekannt zu machen, Unternehmen zu fördern und Neugründungen zu unterstützen. Er informierte anschaulich über sein Wirken und der 4 Mitarbeiterinnen im Tourismusverband beim Salzlandradeltag, und er strebt dabei auch eine Erweiterung in

Richtung „Alte Ziegelei“ in Westeregeln an. Im Fachbereich Immobilienwirtschaft, als dem Schwerpunktbereich der Gesellschaft, steht die Vermarktung der Projekte weiter im Mittelpunkt. Sorgen bereiten die Anfang der 90-er Jahre vorgenommenen Flächenkäufe, die jedoch im Zuge der versprochenen „blühenden Landschaften“, nicht vermarktet wurden. In den vergangenen Jahren waren umfangreiche Nachforschungen erforderlich, um die Zusammenhänge in der Wirtschaftsförderergesellschaft zu erkennen und Altlasten aufzuarbeiten. Gerade diese Aufarbeitung ist aus unterschiedlichen Gründen problematisch. Dr. Naumann betonte jedoch auch in diesem Zusammenhang, dass es nichts einbringt, auf die Vorgänger zu schauen. Nur im Weg nach vor ist eine Lösung zu finden. Da ist man nun auf dem besten Weg. Dazu ist jedoch noch einige Zeit notwendig, die der Kreistag auch einräumen sollte. Da-

für ist jedoch auch Geld von außen, sprich vom Landkreis erforderlich.

Die Fraktion wollte mit ihrer Zustimmung zum Beschluss im letzten Kreistag diese Zeit einräumen. Leider ist es dazu nach heftigem Streit nicht gekommen. Mit der Verweigerung dieses notwendigen Geldes, blieb eigentlich nur die Insolvenz der Gesellschaft zu erklären.

In diesem Falle, wäre die zehnfache Summe vom Landkreis zu zahlen, und zwar sofort.

Nicht nur Christian Behlau bedauerte es, dass der in Aussicht gestellte Sonderkreistag zu dieser Problematik nicht stattfinden soll. Denn damit könnten nochmals alle diese verworrenen Werdegänge in der Vergangenheit der Gesellschaft zur Sprache kommen.

Mancheiner ist daran aber offensichtlich nicht sehr interessiert. Die Fraktion wird aber an diesem Thema dranbleiben.

LINKER Stammtisch diskutierte Wahlausgang mit Landesgeschäftsführerin

Jörg Lemmert, Ortsvorsitzender DIE LINKE Bernburg

Nachdem er im Sommer wahlkampfbedingt nicht stattfinden konnte, gab es Ende Oktober wieder einen LINKEN Stammtisch im Bernburger Wahlkreisbüro. Die Veranstaltungsreihe des Bernburger Ortsverbandes, die vor ca. anderthalb Jahren gestartet wurde, hat sich mittlerweile etabliert. Mit 15 TeilnehmerInnen war das Büro auch beim Stammtisch zur Wahlauswertung mit dem Titel „Nach der Wahl: Wie gespalten ist Deutschland“ wieder gut besucht.



Stammtisch mit Henriette Krebs (Foto privat)

Referentin Henriette Krebs, seit Juni Landesgeschäftsführerin der LINKEN in Sachsen-Anhalt, ging zu Beginn noch einmal auf die Ergebnisse der LINKEN im Bund und im Land ein, sowie auf die konstituierende Sitzung des Bundestages, die am Vortag stattfand. Dann konzentrierte sie sich in ihrem Impulsreferat auf die Studie „Gespaltene Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung von 2013, die sich u.a. mit politischer Teilhabe und Wahlmüdigkeit beschäftigt und seit Erscheinen mit aktuellen Erkenntnissen ergänzt wurde.

Die Studie stellt u.a. fest, dass bei bildungsfernen Schichten eine geringere Wahlbeteiligung zu beobachten ist und, dass sich Wahlbeteiligung zunehmend an Personalisierung koppelt. WählerInnen lassen sich bei stärkerer Personalisierung offensichtlich eher an die Wahlurne locken. Die Studie wirft außerdem die Frage

auf, welche Auswirkungen eine zunehmend soziale Ungleichheit in Deutschland auf das Wahlverhalten hat. Die Wahl komplett meiden, oder extrem wählen? Beides war in den letzten Jahren zu beobachten. Zur Auswirkung eines Ungerechtigkeitsempfinden, wie es gerade in Ostdeutschland zu erkennen ist, brachte Henriette noch eine These aus dem ARD-Magazin „Monitor“, das kürzlich feststellte, dass die anhaltende Dominanz Westdeutscher in den Führungsriege ostdeutscher Unternehmen, zunehmend für eine Frustration im Osten sorgt, die sich u.a. im Wahlergebnis widerspiegelt.

In der Diskussion ging es z.B. um diese Frustration und deren Gründe, wobei natürlich immer wieder eine Debatte um den weiteren Zuzug von Flüchtlingen und um die Integration der bereits Eingewanderten aufkam. Flüchtlingen uneingeschränkt willkommen heißen oder doch

Grenzen setzen? Und wenn ja, wie sollen diese aussehen? Es bestand Einigkeit darüber, dass die Debatte zu diesem Thema bei der LINKEN längst nicht abgeschlossen ist.

Desweiteren ging es in der Diskussion um Kritik an der Zusammensetzung des neuen Bundestages: In diesem sind erstens viel zu wenig Frauen (die Quote liegt bei unter einen Drittel), und zweitens mangelt es an „einfachen Leuten“ als VolksvertreterInnen. Dafür dominieren wieder Juristen und Lehrer das Parlament.

Viel Raum nahm auch erneut die Debatte um Regierungsbeteiligungen der LINKEN ein. Ein Thema, zu dem es bereits einen eigenen Stammtisch gab. Von absoluter Ablehnung aufgrund der Angst, in einem Bündnis unterzugehen, bis hin zur Meinung „nur so können wir endlich etwas bewegen“ reichten die Meinungen. Ein weiteres LINKES Dauerthema.

Die Ausgangsfrage der Veranstaltung konnte am Ende nicht beantwortet werden. Der Austausch und die Diskussion, wie wir unsere Themen besser rüberbringen, um bei zukünftigen Wahlen noch erfolgreicher abzuschneiden, waren aber natürlich trotzdem wichtig. Immer wieder kam an diesem Abend zum Ausdruck, dass wir als LINKE offensichtlich in der Ansprache potentieller WählerInnen versagen. Die müsse kurz, prägnant und verständlich sein, so die einhellige Meinung.

LINKER Widerstand gegen Umbenennungspläne

Erklärung von MdB Jan Korte und der Stadtratsfraktion DIE LINKE

Der Bundestagsabgeordnete Jan Korte (DIE LINKE) und die Stadtratsfraktion der LINKEN in Bernburg wehren sich gegen die Pläne für eine Umbenennung der Bernburger Kalistraße. Wie die Mitteldeutsche Zeitung Anfang Oktober berichtete, möchte die CDU-Stadtratsfraktion der Saalestadt einen Teil der Kalistraße in Helmut-Kohl-Straße umbenennen.

Jan Korte dazu: "Die CDU mag ja die Verdienste von Helmut Kohl sehen, ich sehe aber vor allem die Verdienste der Bergbaukumpel für die Entwicklung der Region. Der Straßename steht für über 100 Jahre Kali- und Steinsalzbergbautradition im Bernburger Werk. Er würdigt die Arbeit ganzer Generationen von Bergarbeitern und sollte deshalb auf keinen Fall angerührt werden, erst recht nicht aus parteipolitischem Interesse. Hinzu kommt, dass gerade die Ostdeutschen genug von den Straßenumbenennungssarien nach der Wiedervereinigung haben. Jetzt schon wieder damit anzufangen, verbietet sich."

Auch Henriette Krebs, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bernburger Stadtrat, wendet sich im Namen der Fraktion gegen den CDU-Antrag: „Persönlichkeiten mit Straßennamen zu ehren macht natürlich Sinn und hat auch in Bernburg lange Tradition. Wenn in neuen Wohn- oder Industriege-

bieten neue Straßen entstehen, kann darüber auch gerne wieder diskutiert werden. Grundsätzlich sollten hier, wie zuletzt auch geschehen, in erster Linie verdiente Personen aus der Region gewürdigt werden. Die Umbenennung einer bestehenden Straße, die eine lokale Besonderheit würdigt, in den Namen eines ehemaligen Bundespolitikers lehnen wir ab. Der Beschlussvorlage, die uns momentan vorliegt (Nr. 656/17), können wir schon deshalb nicht zustimmen, weil dort sogar von einer Umbenennung der gesamten Kalistraße die Rede ist."

Jan Korte und die Stadtratsfraktion möchten allen Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit geben, sich gegen die Umbenennungspläne zu positionieren. Dazu liegen ab sofort Unterschriftenlisten im Wahlkreisbüro von MdB Jan Korte in der Kleinen Wilhelmstraße 2b aus. Außerdem wird bei den nächsten LINKEN Infoständen auf dem Karlsplatz die Möglichkeit bestehen, sich an der Unterschriften-

sammlung zu beteiligen. Unter dem Motto „Keine Umbenennung der Kalistraße!“ sind alle Interessenten aufgerufen, ein Zeichen gegen die Umbenennungspläne zu setzen.

Der Widerstand gegen die Pläne der CDU



Unterschriftensammlung auf dem Karlsplatz (Foto privat)

zeigte schon nach wenigen Tagung Wirkung: Die Stadtratsfraktion zog ihren Antrag vorerst zurück. Bis das Thema nicht komplett vom Tisch ist, geht die Unterschriftensammlung aber weiter.

LINKE Saale-Wipper wählte neuen Ortsvorstand

Ernst-Hermann Brink, DIE LINKE Saale-Wipper

Zur Mitgliederversammlung am 02. Oktober 2017 im Alsbener Ortsteil Gnölbzig stand neben der Auswertung der Bundestagswahl die Neuwahl des Ortsvorstandes auf der Tagesordnung. Zur Eröffnung machte der Ortsvorsitzende Manfred Bölke den Vorschlag einen Sprecherrat aus 3 Genossen zu wählen. Da niemand als Vorsitzender kandidieren wollte, wurde der Vorschlag einstimmig beschlossen. Manfred gab einen kurzen Rückblick auf die Aktivitäten der letzten 2 Jahre. Unser Ortsverband führt jährlich viele Veranstaltungen, wie Neujahrsempfang, Frauentagsfeier, Politfrühstücken zum 1. Mai, Sommerfest, Kranzniederlegung Reichsprogromnacht, Weihnachtsfeier, 24.12.-Statt Spekulant - Kinder beschenken. Sein Stellvertreter Ernst H. Brink ergänzte, dass wir noch Stände durchführen und uns an Aktionen, wie bundesweiten Vorlesetag, Besuch unserer Partnergemeinde in Niedersachsen und vieles mehr beteiligen. Im letzten Jahr haben wir mit einer Kranzniederlegung und Buchlesung Walter Munke geehrt. Danach wurde der alte Ortsvorstand entlastet. Für den neuen Sprecherrat wurden Manfred Bölke, Lars Lehmann und Daniel Wernecke vorgeschlagen. Die Wahl ergab,



Neu im Sprecherrat: Daniel Wernecke (Foto privat)

dass alle 3 Genossen einstimmig gewählt wurden. Alle 3 Gewählten erklärten, sie nehmen die Wahl an. In der folgenden Diskussion ging Daniel Wernecke auf das Bundestagswahlergebnis ein. Als besonders wichtig stellte er heraus, nicht die Flüchtlinge sollten bekämpft werden, sondern die Fluchtursachen gilt es zu beseitigen. Anstatt

der Erhöhung des Rüstungsetats sollte die Entwicklungshilfe verstärkt werden. Für den Kreisvorsitzenden Lothar Boese ist der Ortsverband Saale-Wipper einer der aktivsten Ortsverbände. Die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen hängt immer von einigen Aktiven ab. Er ging dann noch auf den Umgang mit der AfD ein. Peter Matern findet es gut Veranstaltungen auch in Ortsteilen durchzuführen. Wir sollten gerade in der jetzt schwierigen Zeit enger zusammenstehen. Sein Motto: „5 Finger sind eine Faust“ griff Martina Schaar auf und unterbreitete den Vorschlag mehr Veranstaltungen gemeinsam - OV Bernburg, Saale-Wipper, Nienburg und Könnern - durchzuführen. Der Versammlungsleiter Ernst H. Brink ging dann auf die weiteren Aktivitäten ein. Bei den nächsten Terminen wird es wichtig sein, unser Augenmerk auf die Kommunalwahlen 2019 zu richten. Hier sollte es unser Ziel sein, für alle Parlamente gute Kandidaten zu gewinnen. Schulungen für diese können wir in unserem Ortsverband durchführen und auch die Angebote des kommunalpolitischen Forums nutzen. Das Schlusswort lautete: „Nach der Wahl ist vor der Wahl!“

Erfolgreiches Bürgerbegehren in Bernburg

www.pro-bernburg.de

Tausende Bernburger haben für den Erhalt des Bernburger Bahnhofsparkes votiert.

Eine Gesamtsumme von 4006 Unterschriften auf 450 Seiten konnten Ilse Reichmann und die Stadträte Eberhard Balzer und Prof. Erich Buhmann für die Initiative zum Erhalt des Bahnhofsparks am Dienstag, den 5. September 2017 im Rathaus abgegeben. Nach Aussondierung von unvollständigen Unterschriften oder der Unterstützerunterschriften aus dem Umfeld von Bernburg werden aufgrund der Anerkennungquote der Zwischenangaben deutlich mehr als die 2000 benötigten Unterschriften als gültig anerkannt werden.

Der Erfolg wurde Dank der großen Anzahl aktiver Unterstützer möglich: Ladenbesitzer mit Ihren Mitarbeitern, Ärzte mit Ihren Schwestern und Vertreter der Ortsgruppen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die hohe Anzahl der Unterstützer zeigt eine große Solidarität aller Bernburger für die Notwendigkeit des Erhalts eines Bahnhofsparkes auch in unserer Zeit. Es ist ein deutliches Zeichen der Verbundenheit der Bernburger mit Ihren grünen Bahnhof, wie auch schon in den 60er Jahren als der Bau des Busbahnhofs im Park durch Bürger abgelehnt wurde.

Die Initiatoren des Bürgerentscheids hoff-

ten daher dass der Stadtrat in der nächsten Stadtratssitzung dieses überwältigende Votum der Bernburger berücksichtigt.

Am 18.10.2017 entscheidet der Bernburger Stadtrat dann, dass im März 2018 kein Bürgerentscheid durchgeführt, sondern, dass aufgrund der hohen Anzahl der Unterschriften direkt im Sinne des Bürgerbegehrens abstimmt und der Beschluss zum Bau im Bahnhofspark direkt zurückgenommen wird. Alternativ soll jetzt eine bisher ungenutzte Fläche in der Innenstadt zum Parkplatz werden. Ein großer Erfolg für die direkte Demokratie!

Spendenübergabe in der Tierparkschule

Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender



Scheckübergabe in der Ganztagschule (Foto privat)

In einem Hilferuf aus der Ganztagschule „Am Tierpark“ in Staßfurt, wurden die beschämenden Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl in unserer Region beklagt. Angesichts fremdenfeindlicher Stimmung unter einer Reihe von Schülern ist es dringend erforderlich entgegenzuwirken.

Die teilweise Unwissenheit und Gleichgültigkeit der Jugendlichen ist nicht hinnehmbar. Mit Sorge wird gesehen, dass sie sich durch rechtspopulistische Politiker beeinflussen lassen.

Ein Besuch eines ehemaligen Kozenzentrationslagers würde bewirken, dass sich die Heranwachsenden auch emotional mit den Folgen einer demokratie- und menschenfeindlichen Politik auseinandersetzen.

Für eine schon lange geplante Fahrt zur Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald fehlen der Klasse aber noch 230 Euro zur Bezahlung des Busses.

Auf die kurzfristige Bitte an DIE LINKE

von Staßfurt handelte die Stadtratsfraktion sehr schnell. Sie beschloß noch während der letzten Stadtratssitzung, aus ihrem Solidarfonds diese benötigte Summe zur Verfügung zu stellen.

Die Fraktionsmitglieder Walter Blauwitz und Klaus Magenheimer waren am Donnerstag, den 26.10. in der 9.Klasse und haben diese Spende persönlich an den Klassensprecher übergeben.

Als Zeitzeuge konnte Walter Blauwitz eigene Erlebnisse aus seiner Kindheit in Nordhausen schildern. Er kann sich noch KZ-Häftlingskolonnen erinnern, die in dieser Umgebung für die Rüstungsindustrie schufteten mussten und viele dabei ihr Leben verloren. Auch die Zerstörung seiner Heimatstadt kurz vor Kriegende mit vielen tausenden Toten hat er nicht vergessen.

Sein Angebot, nochmals Gesprächspartner zu werden, wurde von der Klassenlehrerin Frau Vahldieck dankend angenommen.

Wahlergebnisse der 15. Kreisversammlung

Kreisvorstand

Vorsitzender

Lothar Boese (Bernburg)

Stellvertreter/innen

Christa Beier (Schönebeck)

Nicola Hoppe (Aschersleben)

Jörg Lemmert (Bernburg)

Klaus Magenheimer (Staßfurt)

Mitglieder

Sabine Dirlich (Schönebeck)

Petra Giest (Bernburg)

Hans-J. Hedermann (Aschersleben)

Siegfried Mahlfeld (Staßfurt)

Angelika Müller (Schönebeck)

Siegfried Nietardt (Aschersleben)

Christine Pfeiffer (Bernburg)

Elke Rehmann (Bernburg)

Daniel Wernecke (Gnölbzig)

Thorald Windt (Staßfurt)

Kreisfinanzrevisionskommission

Eberhard Balzer (Bernburg)

Hans-Jürgen Berg (Peißen)

Hella Käthner (Bernburg)

Rainer Schlegel (Bernburg)

Delegierte zum Bundesparteitag

Sabine Dirlich (Schönebeck)

Lothar Boese (Bernburg)

Mitglieder im Landesausschuss

Regina Koblichke (Aschersleben)

Ernst-Hermann Brink (Amesdorf)

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren im November recht herzlich

Zum 94. Geburtstag
Dora Lochmann

Zum 93. Geburtstag
Heinz Adam

Zum 85. Geburtstag
Hans-Jürgen Beu

Zum 84. Geburtstag
Ruth Weiß

Zum 83. Geburtstag
Karl Dietrich

Zum 75. Geburtstag
Karin Schaarschmidt

Zum 65. Geburtstag
Barbara Genau

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im November Geburtstag haben



„Kaffee mit LINKS“

Am **06.12.2017 ab 16 Uhr** gibt es die nächste Gelegenheit im Bernburger Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.

Wahlkreistag MdB Jan Korte

Der Bundestagsabgeordnete ist am **16. und 17.11.2017** wieder im Salzlandkreis unterwegs. Für genaue Termine siehe www.dielinke-salzlandkreis.de

Konstituierende Sitzung des neuen Kreisvorstandes

Am **15.11.2017 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße)

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst ausgewogen aus allen Regionen des Salzlandkreises berichten und sucht deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-Sitzung, Vorstandswahl, öffentlichkeitswirksame Aktion, Berichte von MandatsträgerInnen und Abgeordneten. Wir freuen uns über Beiträge aus allen Bereichen. InteressentInnen nutzen bitte die Kontaktdaten der Redaktion.

„Kriege, Terrorismus, Separatismus, Nationalismus – was stimmt nicht in der Welt?“ -Vortrag und Diskussion mit Dr. sc. André Brie.

Am **21.11.17 ab 18 Uhr** im Metropol Bernburg (Schloßstraße 20).

Ortsversammlung in Bernburg

Alle Mitglieder und SympathisantInnen sind am **16.11.17 um 18 Uhr** in die **Begegnungsstätte der Volkssolidarität** eingeladen. Wir werden u.a. die Bundestagswahl und den Wahlkampf auswerten.

DER LINKE Politstammtisch in Staßfurt

Wie geht es nach der Bundestagswahl in Deutschland weiter? Diskussion mit **MdB Jan Korte**. Am **16.11.2017 ab 17 Uhr** in „Meyer´s Bräustüb´l“ (Hohenexlebener Straße 82).

Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Salzlandkreis

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächste Sitzung am **04.12.2017 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro durch.

Ein Herz für Reiche!

Erste Einigung der Jamaika-Sondierer: Steuergeschenke für höhere Einkommen, statt Investitionen in die Zukunft.

www.die-linke.de

Foto: Angela Merkel - Horst Seehofer - Cem Özdemir - Ralf Rösler / Fotocock.at (Lizenz CC BY-SA 3.0 DE) via Wikimedia Commons; Martin Grögg-Edwards - Our Common Future / Wikipedia; Christian Lohner - Martin Kraft (Lizenz CC BY-SA 3.0) via Wikimedia Commons

„Frühstück mit LINKS“

Am **27.11.2017 ab 10 Uhr** im Bernburger Bürgerbüro (Kleine Wilhelmstraße 2b).

ClimatePartner[®] klimaneutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 24. November 2017.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 27. Oktober 2017.

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.